Abendausgabe

Nr. 125 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 62

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
15. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Der umstrittene Finanzausgleich.

Preußen gegen die Bevorzugung Bayerns. – Das Kompromiß der Regierungsparteien gefährdet.

Die heutige Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages zeigte, daß die Schwierigkeiten, das Kompromiß der Regierungsparteien zum Finanzausgleich durchzubringen, wesentlich größer sind, als die Regierungsparteien bisher angenommen hatten. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich irgendeine Brücke zur Ueberwindung der großen Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien und zwischen den einzelnen Ländern noch finden wird, so ist doch die Lage zweifellos wesentlich verschärft und das Kompromiß, das man in wochenlangen Verhandlungen mühsam zimmern mußte, gefährdet.

Die Sitzung begann mit einer Rede des Abgeordneten Nolte von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Sie war um deswillen bedeutsam, weil die Wirtschaftliche Vereinigung, obwohl nicht zur Regierung gehörend, die Regierungsparteien unterstützen muß, wenn das Kompromiß Annahme finden soll. Nolte forderte mit größter Entschiedenheit völlige Beseitigung der Gemeindegetränkesteuern. Er verlangte Ermäßigungen bei der Hauszinssteuer, eine feste Relation zwischen den Reichssteuern und der Einkommensteuer. Die Dauer des Finanzausgleichs müsse auf ein Jahr befristet werden, wenn die Wirtschaftspartei ihm ihre Zustimmung geben solle.

Im Anschluß an die Rede Noltes unternahm der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff

einen erneuten und schärferen Vorstoß gegen die Bevorzugung Bayerns.

Daraus entwickelte sich eine überaus interessante Debatte. Höpker-Aschoff vertrat nicht nur die preußischen, sondern auch die Reichsinteressen sehr eindrucksvoll, wobei ihm der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Vertretung der Reichsinteressen nicht einmal streitig zu machen versuchte.

Dr. Höpker-Aschoff begann mit einem Protest, daß nur mit einzelnen Ländern verhandelt worden und die übrigen Länder völlig ununterrichtet gewesen seien. Er unterstrich sodann noch einmal, was er bereits in seiner Rede vom Montag über den Zusammenhang zwischen der Aufrechterhaltung der Getränkesteuern und der Höhe der Realsteuern gesagt hatte. Preußen habe bereits mit der Senkung der Realsteuern begonnen, sie betragen z. B. bei der Grundvermögensteuer für Länder und Gemeinden 27 Millionen. Sodann beschäftigte sich Höpker-Aschoff mit der Aufwertung der Ansprüche der süddeutschen Staaten aus der Biersteuer. Art und Höhe der vorgesehenen Entschädigungen rufe **die stärksten Bedenken der preußischen Regierung** hervor. Preußen anerkenne, daß Bayern in einer Uebergangszeit geholfen werden müsse, aber nicht für die Dauer.

Ein Rechtsanspruch auf die Erhöhung der Ansprüche sei nicht gegeben, die Entscheidung könne nur aus den finanzpolitischen Erwägungen Bayerns gerechtfertigt werden. Er mache aber darauf aufmerksam, daß gemäß § 8 des alten Gesetzes über die Biersteuergemeinschaft vom Jahre 1920 **eine Abänderung der Sätze nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden könne.** Auch sachlich sei die Höhe der Ansprüche völlig unberechtigt, denn es gehe grundsätzlich nicht an, Bayern für ein Reservatrecht nach seinem heutigen Ertrage statt nach dem Ertrage vom Jahre 1914 zu entschädigen.

Am eindrucksvollsten aber war der nun folgende Teil der Rede des preußischen Finanzministers, in dem er

der angeblichen Vorausbelastung des bayerischen Staates die Vorausentlastung Bayerns gegenüberstellte.

Wenn Bayern bei der Biersteuer mit 25 Millionen voraus belastet sei, so sei nach denselben Grundsätzen eine Vorausentlastung bei der Branntweinabgabe von 6,8, bei der Umsatz-, Körperschafts-, Einkommen- und Vermögenssteuer um 48,7 Millionen festzustellen. **Bayern sei also insgesamt um 30 Millionen im voraus entlastet,** auch wenn man eine ganze Reihe von Steuerarten, die ebenfalls eine Entlastung Bayerns darstellen, mangels Unterlagen nicht berücksichtige. Bezüglich der geplanten Abfindungen von Bayern und Württemberg für das Postregal anerkannte Höpker-Aschoff einen Rechtsanspruch, machte aber parallele Ansprüche Preußens für seine Eisenbahn, Schiffahrtswege, Forsten usw. geltend. Er schloß seine Rede mit der Bemerkung, **es sei für Preußen völlig unerträglich, schlechter gestellt zu werden als andere Staaten.**

In seiner Entgegnung beschränkte sich der Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** auf den Hinweis, die Länder seien von den Absichten der Regierungsparteien unterrichtet worden. Das Kompromiß sei nicht unter dem Siegel des Diskretion zustande gekommen. Die Abfindungsforderungen für Postregal usw. würde er nur offen durch Gesetzesänderungen vornehmen. Auf die übrigen Darlegungen des preußischen Finanzministers ging er nicht ein.

In der weiteren Debatte kamen zunächst der Abgeordnete Dr. Pfleger für die Bayerische Volkspartei und sodann Staatsrat Wolf für die bayerische Regierung zum Wort. Da mit einer so ausgedehnten Generaldebatte, die am heutigen Tage noch nicht zu Ende gehen wird, nicht gerechnet worden ist, dürfte auch die Erledigung des Etats bis zum 31. März fraglich geworden sein.

Neue Verschleppung der Invalidenhilfe

Protestdemonstrationen der Arbeitsinvaliden.

Trotz der bestimmten Zusage, daß am heutigen Dienstagmorgen im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages die Invalidenrentenanträge durchberaten werden sollen, wurde die Beratung wieder vertagt, weil die Parteien des Bürgerblocks immer noch nicht unter sich einig geworden sind. Genosse Hoch legte auch in dieser Ausschußsitzung wieder scharfe Verwahrung gegen die rücksichtslose Verschleppungspolitik der Regierungsparteien ein. Diese versicherten, daß — in einigen Tagen die Verhandlungen beginnen könnten. Sonst schwiegen sie sich aus und lassen die Invaliden der Arbeit weiter hungern.

Die Arbeitsinvaliden haben am Sonnabend, Sonntag und Montag in allen Teilen des Deutschen Reiches Versammlungen und Demonstrationen veranstaltet, die durchweg einen riesigen Besuch aufwiesen. Diese Veranstaltungen zeigen deutlich, daß unsere Arbeitsveteranen in den letzten Jahren zu kämpfen gelernt haben, und daß sie nicht willenlos zur Seite geschoben werden können. Diese Reichskundgebung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden sollte die Politiker der Blockparteien endlich davon überzeugen, daß man die Opfer der Arbeit auf die Dauer nicht mehr mit Hungerrenten abspeisen kann.

Der neue Mann.

Justizminister Schmidt über seine Pläne.

Die Justiz in ihrer Gesamtheit gehört zu den Angelegenheiten, die in der Presse aller Richtungen am meisten behandelt und kritisiert werden müssen. Die Justizbehörden aber hatten bisher so gut wie keine Beziehungen zu der Presse, dem Sprachrohr des öffentlichen Lebens. Weltabgeschieden thronten sie gleichsam ob den Häuptern aller Irdischen und ließen die Kritik an sich abprallen.

Indessen kann heute niemand mehr dauernd gegen den Strom schwimmen oder sich abseits halten. Das hat auch die preußische Justizverwaltung endlich einsehen müssen. Nachdem der greise Zentrumsmann Am Zehnhoff sich aus dem Justizministerium zurückgezogen und seinem jüngeren Parteifreund Schmidt-Lichtenberg Platz gemacht hat, wird hoffentlich die Anpassung an die Erfordernisse der neuen Zeit sich reibungslos vollziehen. Der neue Mann hat über seine Pläne auch schon einige Andeutungen gemacht. Er will vor allem dafür sorgen, daß in der Justizverwaltung journalistische Kräfte eingeschaltet werden, die die Verbindung mit der Presse aufrechterhalten, ihr Auskünfte geben und sie mit allem erforderlichen Material versehen können.

Außerdem soll die schon seit längerem vorbereitete Justizverwaltungsreform stark gefördert werden. Ende März soll ein dreitägiger Kursus in Berlin abgehalten werden, an dem etwa 100 Justizbeamte aus ganz Preußen teilnehmen sollen. Der Kursus wird in einer Reihe von Vorträgen die Reformpläne erörtern und den Rednern wie den Hörern Gelegenheit zum Austausch ihrer Erfahrungen geben. Das Bestreben nach Modernisierung ist also deutlich erkennbar.

Daß das preußische Justizministerium nicht die Reichsgesetze macht, ist allgemein bekannt. Es scheint aber doch nötig, daß von Preußen aus eine stärkere Beeinflussung der Reichsjustizverwaltung erfolge. Die Anwendung der Landesverrats- und Spionagegesetze gegen die Zeitungen hat einen Umfang angenommen, der sicher auch dem neuen preußischen Justizminister peinlich ist. Er sollte deshalb vor entsprechenden Verhandlungen mit den Reichsinstanzen nicht zurückscheuen, damit die Reichsjustiz nicht weiter mit den „literarischen" Landes- und Hochverratsprozessen gegen Buchdrucker, Buchhändler und Laufburschen das Ansehen des Reiches weiter schädigt.

Auf jeden Fall ist dem neuen Mann im preußischen Justizministerium zu wünschen, daß er die notwendige Energie aufbringt, um in der Justizverwaltung auch die Auffrischung im republikanischen Sinne durchzusetzen, die er zweifellos für notwendig hält, gegen die sich aber traditions- und kastenmäßige Widerstände ergeben.

Die Kämpfe in der Kuomintang.

Umbildung der Parteiführung.

London, 15. März. (WTB.) Im Gegensatz zu anderen hier vorliegenden Meldungen will der Berichterstatter des „Daily Expreß" in Schanghai wissen, daß die Kommunisten gegenwärtig innerhalb der Kuomintang die Oberhand gewonnen hätten und daß General Tschangkaischek so gut wie unterlegen sei.

Der Wahlkampf in Oesterreich.

Kapitalismus gegen Arbeiterschaft.

G. P. **Wien,** Mitte März.

Oesterreich steht schon mitten im Wahlkampf, und obwohl der Höhepunkt noch nicht erreicht ist, so ist schon klar, daß es einer der erbittertsten Wahlkämpfe sein wird, den wir in den nächsten Wochen durchzukämpfen haben werden. Die Christlichsozialen fühlen, daß die Enthüllungen des Zentralbank-Panamas sie in den Augen der Wähler und auch ihrer eigenen Anhänger auf das schwerste kompromittiert haben, und die vor der Macht der Arbeiterschaft und namentlich vor der antikapitalistischen Steuerpolitik der Wiener roten Gemeindeverwaltung zitternden Kapitalisten haben aus der Kompromittierung der christlichsozialen Führer nicht die Lehre gezogen, daß das öffentliche Leben von den korrupten christlichsozialen Führern gereinigt werden muß, sondern daß der Sieg der Sozialdemokratie, der durch dieses christlichsoziale Panama in die Nähe gerückt wurde, unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

Eine Folge dieser Panik ist auch die vorzeitige Auflösung des Nationalrats, dessen Lebensdauer erst im Herbst zu Ende gegangen wäre. Als nämlich die Sozialdemokraten im Verlaufe der Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die jeden Tag einen neuen Korruptionsfall eines christlichsozialen Führers ans Tageslicht brachten, mit dem Appell an die Wähler drohten, glaubte Dr. Seipel diese Drohung damit am besten parieren zu können, daß er — nach dem Muster des Coueismus — immer wieder erklärte, daß die Christlichsozialen Neuwahlen nicht fürchten, und als er ein paarmal wiederholt hatte: „Wir fürchten uns nicht!" glaubte er es schon selbst und erklärte eines Tages plötzlich, daß die Christlichsozialen Neuwahlen herbeiführen würden. Die Bürgerlichen hatten mittlerweile auch allmählich etwas Mut gefaßt, als sie sahen, daß ihr Herr und Meister sich beruhigt habe. Sie hatten überdies den Enthüllungen über das christlichsoziale Panama entgegenzuwirken gesucht, indem sie unter der Leitung eines wegen Erpressung verurteilten Journalisten ein Blatt zur Verleumdung der Sozialdemokratie gründeten, und sie hatten schließlich der Parole der bürgerlichen „antimarxistischen" Einheitsfront, die der Bundeskanzler in den schweren Tagen seiner Partei ausgegeben hatte, praktischen Ausdruck verliehen, indem sie Demonstrationen gegen die „Breitnerei", gegen die Finanzpolitik des städtischen Finanzreferenten Breitner veranstalteten. Seipel hatte, um die Sozialdemokraten zu verhindern, unter dem frischen Eindruck des christlichsozialen Panamas die Auflösung des Hauses zu erzwingen, als Termin für die Fertigstellung der Alters- und Invalidenversicherung den 15. März genannt. Monatelang, jahrelang, jahrzehntelang hatten die Christlichsozialen die Altersversicherung verschleppt, jetzt glaubte Seipel darin ein Mittel gegen die Auflösung des Parlaments gefunden zu haben.

Man kennt im Ausland diesen christlichsozialen Führer, der sich von der Kapitalistenpresse zum genialen Staatsmann hinaufschwindeln ließ, nicht, wenn man glaubt, daß er irgendwelche sachlichen Interessen hat. In der Tat ist er von einem fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie erfüllt, und seine ganze Politik besteht in demagogischen Winkelzügen, um die Sozialdemokraten zu verleumden oder verleumden zu lassen. Wie er bei der sogenannten Sanierung nur das Interesse hatte, das Parlament auszuschalten und dabei für alle seine arbeiterfeindlichen Maßnahmen den Generalkommissar als Deckung zu haben, so hat er bei der Altersversicherung nur die eine Idee, wie er die Sozialdemokraten als diejenigen hinstellen könnte, die je nachdem, entweder der Industrie und dem Staat die Lasten der Altersversicherung der Arbeiter aufbürden, oder als diejenigen, die die Altersversicherung vereiteln.

Die Panik, die die unangenehmen Enthüllungen des Untersuchungsausschusses erregten, haben ihn nun bewogen, seine Demagogie auf das äußerste zu steigern und, indem er seine ganze Politik auf die Bekämpfung und Verleumdung der Sozialdemokratie einstellte, hat er das ganze Bürgertum unter der Parole der „antimarxistischen Einheitsfront" geeinigt.

Als er bei den Verhandlungen über die Altersversicherung plötzlich die Auflösung des Nationalrats ankündigte, glaubte er, die Sozialdemokraten würden das zu verhindern suchen, weil dadurch die rechtzeitige Fertigstellung der Altersversicherung unmöglich gemacht werden würde. Damit wäre den Sozialdemokraten eine taktische Niederlage beigebracht, unter deren Eindruck er einerseits die Altersversicherung erheblich verschlechtern oder wieder verschleppen, und andererseits einen Vorstoß gegen den Mieterschutz unternehmen, jedenfalls alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie leichter mobilisieren könnte. Die Sozialdemokratie ist ihm nicht auf den Leim gegangen, sondern hat der Ausschreibung der Wahlen sofort zugestimmt und sogar einen nahen Termin, den 15. Mai, als Wahltag vorgeschlagen. Er hat darauf den 24. April vorgeschlagen, wobei er wieder annahm, daß die Sozialdemokraten nicht zustimmen könnten, weil dieser Tag eine Woche nach Ostern ist, wo die Kirchen als Agitationsstätten der Klerikalen mißbraucht werden. Die Sozialdemokratie hat zwar die Unzweckmäßigkeit dieses Wahltags betont, da die Beratung der Altersversicherung dann schon im Wahlkampf vor sich gehen würde, hat aber, da die Christlichsozialen dabei blieben, es ruhig hingenommen. Nun versuchte es Seipel mit einer neuen Pro-

vokation. Er kündigte eine solche Verschlechterung des Altersversicherungsgesetzes an, daß er annahm, die Sozialdemokraten würden die Beratungen des Unterausschusses sprengen müssen. Das Gesetz soll erst in Kraft treten, wenn die Zahl der Arbeitslosen, die jetzt eine Viertelmillion übersteigt, unter 100 000 heruntergegangen und die Wirtschaft wieder normal sein würde. Sofort, nämlich schon am 1. Juli, soll nur die Altersversicherung der Arbeitslosen in Kraft treten, sie soll aber darin bestehen, daß die alten Arbeitslosen eine Altersrente bekommen, die um ein Drittel niedriger sein soll als ihre Arbeitslosenunterstützung gegenwärtig ist. Die Sozialdemokraten blieben auch bei dieser Provokation ruhig. Sie brandmarkten sie vor aller Oeffentlichkeit, erklärten aber, den Kampf im Unterausschuß sachlich zu führen und dort, da es die Christlichsozialen so wünschen, im Wahlkampf vor der ganzen Oeffentlichkeit über alle strittigen Punkte zu beraten und abzustimmen.

Nun holte Seipel zum äußersten Streich aus: ohne jede gesetzliche Berechtigung ließ er durch ausgesuchte christlichsoziale Wehrmänner das Arsenal besetzen, um dort nach Waffen zu suchen. Er hoffte einerseits die Arbeiter zu Unvorsichtigkeiten zu provozieren und andererseits das Bürgertum mit den erbeuteten Waffen des Republikanischen Schutzbundes gegen die Arbeiter aufreizen zu können. Der feine Plan ist mißglückt. Wohl bemächtigte sich der Arbeiter über die gesetzlose Willkür des militärischen Einbruchs in den großen Industriebetrieb große Empörung, aber sie erkannten die Absicht der Provokation und verschoben die Abrechnung auf später, und die alten Waffenbestandteile, die die Einbrecher dort fanden, konnten nicht als Argumente gegen die „Roten" verwendet werden, da sie ihnen gar nicht gehörten.

So sind alle Provokationen, alle feinen Pläne, die Seipel für die Wahlbewegung ersonnen hatte, zunichte geworden. Eins aber ist geblieben: die Parole des Antimarxismus, unter der er die Wahlen vornehmen wollte. In diesem Wahlkampf stehen einander wirklich zwei geschlossene Schlachtfronten gegenüber: die Armee des Kapitalismus, in der das ganze Ausbeutertum vereinigt ist, und die Armee des arbeitenden Volkes, die Arbeiter und Angestellten, die Landarbeiter und Kleinbauern und die kleinen Leute, die ohne Obdach wären, wenn die Gegner siegen und den Mieterschutz beseitigen würden. Es ist uns nicht bange, wie die Wahlen ausgehen werden.

Einer der Ihren.

Die Rechtspresse und der Fall Jürgens.

Die Presse der Rechten hat entdeckt, daß im deutschen Justizwesen erschütternde Mißstände vorhanden sind. Wie eine Offenbarung ist es über sie gekommen, daß das Untersuchungsverfahren dringend der Reform bedarf. Sie hat plötzlich gesehen, daß menschliche Tragödien aus der mittelalterlichen Rückständigkeit unseres Justizverfahrens hervorwachsen können.

Nun empört sie sich. Zwei Beispiele. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

„Als Ende voriger Woche das Ehepaar Jürgens ohne Rücksicht auf den Urteilsspruch mit beinahe brüsker Beschleunigung aus der Haft entlassen wurde, da wußte man, daß das Gericht sein Urteil über die Angeklagten und — über den Oberstaatsanwalt Jordan bereits gefällt hatte. . . .

Gerade weil man ein unerschütterliches Vertrauen zur Vorzüglichkeit unserer Rechtspflege hat, konnte man sich nicht denken, daß Angeschuldigte Monat für Monat in Haft sitzen müssen, ohne daß zwingende Gründe für ihre Schuld sprechen."

Und der „Lokal-Anzeiger":

Ein Mensch hat umsonst ein Jahr seines Lebens, seiner Freiheit beraubt, seiner Ehre beraubt, im Gefängniskäfig verbringen müssen. . . .

Es klafft die Frage, wie es möglich war, daß Jürgens ein Jahr in Untersuchungshaft zubringen konnte. Es klafft die Frage, wie man dieses Jahr abgesprochener Ehre, wie man alles andere um die Person der Angeklagten gutmachen, zurechtstellen wird."

Sollen wir nicht mit Genugtuung verzeichnen, daß die Rechtspresse endlich entdeckt, daß in der deutschen Justiz nicht alles in Ordnung ist? Nein! Denn ihre Empörung im Falle Jürgens gehört ebensogut zu dem System unserer Justiz wie ihr Schweigen in anderen Fällen. Es ist nicht das beleidigte Rechtsgefühl der gerechten Menschen, das aus ihrer Empörung spricht. Ihr Rechtsgefühl empört sich, weil die Maschine einen der ihren erfaßt hat — es schweigt, wenn ein Mensch in die Räder kommt, der nicht zu ihrer Klasse gehört. Ihre Empörung und ihr Schweigen: es ist die notwendige Begleiterscheinung zur Klassenjustiz.

„Das Gericht hat sein Urteil über den Oberstaatsanwalt gesprochen." Empörung über ungerechte Anklage. Wo war die Empörung über ungerechte Anklage im Falle Loeb in Thüringen? Wo die öffentliche Verurteilung jenes Staatsanwalts Floel, der aus politischen Motiven, beeinflußt von der Regierung des Ordnungsblocks, an der Anklage des Meineids festhielt, obwohl sein Vorgesetzter die Anklage für ungerecht hielt? Dieser Staatsanwalt hat gegenüber dem Oberstaatsanwalts Frieders mit List operiert, um einen politischen Gegner mit der Waffe der Justiz zu vernichten. Seine Manipulationen waren unwürdig und unsauber. Wo war die Empörung der Rechtspresse über diesen Justizskandal?

Aber dieser Oberstaatsanwalt Jordan, die Zielscheibe der Angriffe der Rechtspresse! Er hat die Maschine, die grausame mittelalterliche Maschine in Bewegung gesetzt gegen Jürgens, den Landgerichtsdirektor — so als ob es sich um einen armen Schächer, einen von jenen vielen Namenlosen, ohne Rang und Titel gehandelt hätte, die alljährlich erfaßt und zermahlen werden. Dieser merkwürdige Mann aus der Provinz hat ernst gemacht mit dem „ohne Ansehen der Person". Aber es war kein Namenloser, den er erfaßte, es war ein Landgerichtsdirektor, es war Jürgens. Er hätte hundertmal die Methode gegen Namenlose anwenden können, die er im Falle Jürgens geübt hat, und niemand, niemand hätte Kenntnis erlangt von Tragödien, die sie in sich begreift.

Daß die Rechtspresse sich empört, weil er einen der Ihren erfaßt hat — das ist eine grausam-höhnende Illustration zu dem „ohne Ansehen der Person"! Der Staatsanwalt Jordan wird verurteilt, weil er gegen Jürgens nach dem Satze gehandelt hat: gleiches Recht für alle.

Die Frage klafft: Wie war es möglich, daß Jürgens unschuldig in Untersuchungshaft gehalten wurde? Hunderttausendmal klafft diese Frage, ohne daß die Rechtspresse sie stellt. Sie klafft im Falle des kleinen Mannes, der hilflos in die Räder der Justizmaschine kommt, sie klaffte im Falle Haas wie im Falle Höfle.

Höfle starb in der Untersuchungshaft, einsam, verlassen, hilflos, unter Umständen, die schweren Verdacht hervorgerufen haben. Und niemand hat sich in der Rechtspresse erhoben gegen das grausame System, als dessen Opfer er fiel!

Aber dieser Jürgens ist einer der Ihren. Die Maschine hat ihn blind erfaßt und gerädert, dieselbe Maschine, die im Falle Loeb, im Falle Höfle bewußt zum Zwecke der politischen Hetze, zur Vernichtung politischer Gegner in Bewegung gesetzt worden ist. Wem gilt die Empörung der Rechtspresse? Gilt sie jenem Mißbrauch der Maschine zu politischen Zwecken gegen Männer der Linken? Gilt sie dem mittelalterlichen System unseres Untersuchungsverfahrens? Sie gilt der Tatsache, daß die Maschine ausnahmsweise einmal einen der Ihren ergriff.

Aber sind die vielen Tausende, die sie unschuldig foltert, nicht auch Menschen, Menschen mit Anspruch auf Freiheit, auf Ehre, auf Recht? Muß man Landgerichtsdirektor sein, um öffentlichen Schutz gegen Justizunrecht zu finden? Ist man Freiwild, wenn man nicht zu den Kreisen mit Namen und Titeln gehört?

Paul Nathan

An der Schwelle des biblischen Alters — am 25. April hätte er seinen 70. Geburtstag gefeiert — ist Genosse Dr. Paul Nathan heute vormittag einem Schlaganfall erlegen, der ihn am letzten Donnerstag auf das Krankenbett geworfen hatte. Er war in Berlin als Sohn einer wohlhabenden bürgerlichen Familie geboren, hatte hier und in Paris archäologische und literarische Studien getrieben und war von dem liberalen Führer Eduard Lasker für die Politik entdeckt worden. Durch ihn kam er in den Kreis Ludwig Bambergers, wo er Theodor Barth kennenlernte, mit dem ihn bis zu dessen Tode engste Freundschaft verband. In der „Nation", der ausgezeichneten linksliberalen Zeitschrift Theodors Barths, trat er als hervorragender Schriftsteller in Erscheinung.

In der Stadtverordnetenversammlung stand er gleichfalls links vom „Kommunalfreisinn", er bildete dort mit Hugo Preuß und anderen die „sozialfortschrittliche Gruppe". Mit den Führern der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen Paul Singer und später Hugo Heimann, hielt er freundschaftliche Verbindung. Mit besonderem Eifer nahm er sich der unterdrückten Juden im europäischen Osten an; seine Tätigkeit für sie führte ihn auf Reisen nach Rußland und Palästina.

Niemals aber verlor er den Blick dafür, daß der Kampf gegen den Antisemitismus, den er in der Stoecker-Hammerstein-Zeit begonnen hatte, nur ein Teil des großen Freiheitskampfes war, der alle Verfolgten und Unterdrückten miteinander verband. So fand schließlich der hochgesinnte Mann nach der Revolution den Weg zur Sozialdemokratie. Die großen positiven Leistungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für den Aufbau des demokratischen Staatswesens brachten ihn zu der Ueberzeugung, daß sich alle Kräfte, die für den Fortschritt der Menschheit kämpften, in diesem Lager vereinigen müssen. Er gehörte der Partei, zu der er sich erst mit weißen Haaren durchgerungen hatte, mit ganzem Herzen an, nur seine große Bescheidenheit, die ihn stets ausgezeichnet hatte, hinderte ihn an stärkerem Hervortreten. Dem „Vorwärts" aber hat er gern und oft seine glänzende Feder zur Verfügung gestellt. Daneben setzte er seine philantropische Tätigkeit fort und wirkte auch im Oesterreichisch-Deutschen Volksbund, dessen Vorstand er angehörte, für den Anschlußgedanken. Daß dieser Unermüdliche, den die Begeisterung für alles Große stets jung gehalten hatte, nun so rasch aus dem Leben gerissen wurde, erfüllt alle, die ihn kannten, mit herbem Schmerz. Mit ihm verbindet sich für uns ein Gefühl der stolzen Genugtuung darüber, daß dieser durch Eigenschaften des Geistes wie des Charakters gleich ausgezeichnete Mann in den letzten Jahren seines Lebens ganz der unsere gewesen ist.

Zusammenstöße im Wilms-Prozeß.

Beeinflussung der Zeugen? — Konflikt um Schulz.

Im Fememordprozeß Wilms kam es heute gleich zu Beginn der Verhandlung zu einer bezeichnenden Auseinandersetzung. R.-A. Sack fragt den als Zeugen erschienenen Nachtschutzbeamten Gasiorowski, ob nicht der Name der Name des Oberleutnants Schulz bei gewissen Unternehmungen auch mißbraucht wurde. Der Zeuge schweigt. Dr. Sack: Sie müssen hier die Wahrheit sagen, Herr Zeuge. Vors.: Ich schließe mich dieser Mahnung an, denn mir ist inzwischen mitgeteilt worden, daß auf eine Anzahl Zeugen in bösester und gröbster Weise eingewirkt worden ist, besonders durch den Zeugen Thieme. Der Zeuge Thieme erhebt sich und erklärt dazu: Ich habe auf keinen anderen Zeugen eingewirkt, ich habe mich lediglich in kameradschaftlicher Weise mit alten Bekannten unterhalten. Ueber den Prozeß selbst habe ich nur mit Dr. Sack gesprochen. Vors.: Sie sollen zu anderen Leuten gesagt haben, daß man vor allen Dingen hier in der Verhandlung fest zusammenhalten müsse. R.-A. Dr. Sack: Herr Gasiorowski, soweit ich im Bilde bin, hat sich nach der Verurteilung des Kapitäns Tillessen eine Anzahl Leute zusammengefunden, die Tillessen befreien wollten. Der Führer dieser Leute ist nach Kottbus gefahren und hat dem dortigen Führer

Die Politik der Vierzehnjährigen.

Von Dr. Rud. Zwetz.

Die alte Forderung, die man jetzt in der Zeit der Einschulung allabendlich in Elternversammlungen hört, allmorgendlich in der Zeitung liest: „Keine Politik in der Schule!" oder noch vielsagender: „Heraus mit der Politik aus der Schule!" — sie mutet mich fast an wie die Zentrumsforderung: „Das Elternrecht muß gewahrt bleiben!" Denn ebenso wie die „Christliche Volkspartei" dieses Elternrecht und seine Ausübung liebevoll in eigene Regie nimmt, sind die Kämpfer für eine Schule ohne Politik bereit, diese Schule ihrer Geschichtsauffassung, ihren sozialen und ökonomischen Ideologien zu unterwerfen.

Demgegenüber kann nicht oft genug betont werden, daß die Schule, die jetzt noch als „weltliche" das Kampfziel der freien Schulbewegung bildet, die Erziehungsstätte aller Kinder, unserer gesamten Jugend werden soll. Sie wird nicht das Sammelbecken der Konfessionslosen bleiben dürfen, wozu sie der Widerstand der konfessionellen Kreise heute macht. In ihrem Programm ist es klar ausgesprochen: Jeder ist willkommen, der bereit ist, seine religiöse Unterweisung außerhalb der Schule zu empfangen. Wie gut das möglich ist, zeigt die Praxis unserer jüdischen Mitbürger, die ihre Kinder fast ausnahmslos simultanen Schulen anvertrauen.

Was diese Vermischung konfessioneller und konfessionsloser Jugend und damit doch auch bürgerlicher und proletarischer Menschen pädagogisch bedeuten kann, lehrt ein Blick auf die Stellen, wo sich Erziehungsgemeinschaften dieser Art bereits gebildet haben. Aber auch die ganz normale Schulklasse, die sich aus dissidentischen und konfessionellen Kreisen sammelt, kann zu jener Freiheit und Selbständigkeit des Denkens führen oder es wenigstens versuchen, die uns allen vorschwebt. Doch sie muß den Mut haben, die politischen Probleme der Gegenwart, soweit sie den Schülern zu Hause und draußen auf der Straße nahekommen, auch offen zu besprechen. Sie hat die Pflicht dazu, wenn die Jungen (oder Mädchen) danach verlangen.

Dann erst töten wir die Phrase, der die Menschen so leicht verfallen, wenn sie immer nur im eigenen Kreise, unter sich bleiben. Dann erst erwacht bei der Kritik der anderen das eigene Nachdenken, dann erst prüft jeder die eigene Auffassung. Und wie sehr hat der proletarische Jugendliche diese Prüfung, dieses Nachdenken, die Fähigkeit zu dieser Art Kritik nötig! Ausgesperrt von den Bildungswegen der bürgerlichen Menschen, muß er jetzt mühsam beginnen, sich mit den Bildungsmitteln dieser bürgerlichen Kultur fortzuhelfen.

Ich habe seit vier Jahren diesen Bildungsweg einer solchen bunt gemischten Schar verfolgt. Ich bin keinem Problem ausgewichen, das aus diesem Kreise heraus angeregt wurde, — und wenn es anfangs auch recht bescheidene und primitive Ansätze blieben, so sind wir jetzt — im Kreise der nun Vierzehnjährigen — zu einer sachlichen Diskussion aller großen außen- und innenpolitischen Zusammenhänge, zum Verständnis der gegensätzlichen Auffassungen und zur persönlichen Achtung des Gegners gekommen, die der politische Kampf verlangt, soll der Ertrag die Opfer lohnen. All das ist im Rahmen des jetzt geltenden Rechts ohne Drill möglich. Es fordert vom Leiter nur, daß er sich stets helfend auf die Seite der verteidigungsschwächsten Minderheit stellt, ohne doch hinterher seine eigene Meinung zu verschweigen, wenn er danach gefragt wird.

Erst wenn man alledem ausweicht, werden die politischen Strebungen zum Gift und zur Gefahr. Tausendfältig ist heute noch die Verhetzung in Hörsälen und auf Kanzeln, in Montagsandachten und Geschichtsstunden. Nicht auf das bloße Pochen auf Artikel 146 der Reichsverfassung, nicht durch Protest und Kampf allein überwinden wir die Bildungsreaktion der schwarzen und der schwarzweißroten Verbündeten, sondern durch das lebendige Beispiel, das auch den Gegner — den noch nicht ganz taubstummblinden wenigstens — entwaffnet. So helfen wir unsere weltliche Notschule schon jetzt auszubauen zur Lebensgemeinschaftsschule unseres ganzen Volkes.

Demokratie — eine Krankheit? Welch wunderliche Folgen das Jahr 1848 in den gelehrten Köpfen damaliger Epoche gehabt hat, zeigt die Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde eines gewissen Grodek.

Unter dem Titel „De morbo democratico, nova insaniae forma" („Die demokratische Krankheit eine neue Form des Wahnsinns") behandelt diese Schrift ausführlich Symptome, Ursachen, Beginn und Verlauf der Demokratenkrankheit, wobei aber auch Kanonen und Bajonette erwähnt werden.

Die Dissertation wurde von der Berliner Fakultät angenommen, und es ist bezeichnend für den Geist damaliger Zeit, daß Grodek zur öffentlichen Verteidigung seiner Thesen zugelassen wurde. In der Aula der Berliner Universität bezeichnete Grodek am 12. März 1850 die Demokratie als eine neue Form des Wahnsinns. Grodek selbst wurde nach dreistündiger Verteidigung seiner Dissertation der Doktorwürde würdig erachtet und soll später Arzt in einer Kaltwasserheilanstalt Thüringens gewesen sein.

Die ältere Literatur ist voll von ähnlich verrückten pseudowissenschaftlichen Produkten, die auch dazu gedient haben, die Würden des Doktorhutes zu verschaffen. Man sieht daraus, wieviel die Hochachtung vor dem Doktor und anderen Titeln wert ist, die auch heute noch grassiert. Das allgemeine Niveau der Doktorarbeiten ist natürlich erheblich gestiegen. Aber ist das ein Grund, jemand deswegen, weil er mit 23 Jahren einmal eine Arbeit gemacht hat, zeitlebens „Herr Doktor" zu titulieren? In der Republik sollte man endlich damit Schluß machen. Als Fachbezeichnung für die Tier-, Zahn- und anderen Aerzte freilich wird der Doktor unentbehrlich bleiben, selbst für den Fall, daß ein Arzt — was ja nicht unbedingt nötig ist — keine 500—700 M. für den Doktor übrig gehabt hat.

Müller und Schulze. In einem längeren Aufsatz über „Namen" in der „Frankfurter Zeitung" berichtet Dr. W. Borgius-Lichterfelde, daß in Deutschland „die Müller, Schulze und Schmidt zusammen etwa 2½ Millionen ausmachen". Rechnet man dazu noch die Meier und Hoffmann, Cohn und Levi usw., so wird man annehmen können, daß annähernd ein halbes Dutzend Millionen Menschen sich auf ein Dutzend Namen beschränkt. Mit Recht sagt Dr. Borgius: „Bei solchen Verhältnissen verliert der Name jeden Sinn und Zweck; das sind nicht mehr Personennamen, das sind Völkernamen, Gattungsbezeichnungen." Den Trägern solcher Allerweltsnamen erwachsen auf Schritt und Tritt Unannehmlichkeiten dadurch, nicht weniger den Behörden: bei der Postbestellung, bei Einwohnermeldeämtern, Steuerlisten, Wählerlisten usw. Die ständig wachsende Kalamität bedürfe dringend einer Abstellung.

Borgius schlägt vor, es sollten zunächst die Müller, Schulze und Schmidt veranlaßt werden, ihrem Massennamen (was viele heut ja schon tun), durchweg einen zweiten unterscheidenden Zunamen hinzuzufügen, der binnen festzusetzender Frist vom Standesamt kostenlos eingetragen und dadurch offiziell und erblich werden sollte. Gleichzeitig solle man für den Urnamen bestimmte offizielle Abkürzungen einführen, so daß ein Max Müller künftig etwa firmierte: Max Mi. Farnow, ein Hans Schulz: Hans Sz. Diebold, ein Karl Schmidt: Karl Sm. Fabri usw. Im mündlichen Verkehr werden dann die neuen „Zunamen" allmählich ganz an Stelle der alten Urnamen oder der als Zwischenstadium dienenden Doppelnamen treten, während die offiziellen Abkürzungen in Schrift und Druck erhalten blieben, um die Kontinuität zu wahren, Familienforschungen zu erleichtern usw. Es würde das nur derselbe Vorgang sein, wie die Umbenennung der alten jüdischen Namen unter Joseph II. und Hardenberg oder wie im Mittelalter das Entstehen unserer heutigen Familiennamen durch unterscheidende Zusätze zu den ursprünglich alleinigen heutigen Vornamen." Allmählich wäre die Maßnahme dann auch auf die Meier, Hoffmann und sonstigen Allerweltsnamen auszudehnen. — Es wäre interessant zu wissen, wie die Träger solcher Massennamen selbst über ihr Geschick und den gemachten Vorschlag denken.

Eine deutsche Expedition nach der Nord-Mandschurei. Der deutsche Erforscher Ostasiens, Walter Stötzner, beabsichtigt, jetzt mit einer neuen Expedition den noch völlig unbekannten Norden der Mandschurei zu erforschen. Es handelt sich um das Gebiet des Heilung Kiang, das sich in einer Breite von 400 Kilometer und einer Länge von 1000 Kilometer an der nördlichsten Peripherie des chinesischen Reiches erstreckt. Stötzner, der in erster Linie tier- und völkerkundlich arbeiten will, wird von dem Leipziger Geographen Dr. Hans Maier und dem Oberpräparator Walter Fritsch aus Dresden begleitet.

Zusammenarbeit der Rundfunkgesellschaften. Am 18. März wird in Wien die Kommission für geistige, künstlerische und soziale Zusammenarbeit der Rundfunkgesellschaften zusammentreten. Diese Kommission ist dem Spezialausschuß der Union Internationale de Radiophonie angegliedert, in der alle Rundfunkgesellschaften vereinigt sind. Als wichtigster Punkt steht auf der Tagesordnung der Programmaustausch und die Uebertragung der Programme unter den der Union angehörenden europäischen Gesellschaften, ferner insbesondere das Verhältnis der Sendegesellschaften zu den Künstlern und Autoren.

Die Preußische Staatsbibliothek veranstaltet aus Anlaß des „Gesellschaftsabends der Presse", der dort am 17. März stattfindet und auf dem Ministerialdirektor Kaestner über „Volksbildung und Menschenformung" spricht, eine kleine Ausstellung aus der Geschichte der Presse.

des Arbeitskommandos vorgeschwindelt, die Sache geschehe auf Befehl von Schulz. Der Zeuge bestätigt das und fügt hinzu: „Als dann aber herauskam, daß es sich um eine wilde Sache handelte, hat es eine dicke Zigarre gegeben."

Staatsanwalt Lesser legte darauf dem Gericht einen Stammrollenauszug des Wilms vor. Im Anschluß daran bezweifelt der Verteidiger Fuhrmanns die Identität des ermordeten Wilms mit der in der Havel aufgefischten Leiche. Nach längerem Hin und Her erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht alles tun werde, um die Identität nachzuweisen.

Zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und Rechtsanwalt Dr. Sack kam es dann, als der Zeuge Thieme nochmals vernommen wurde und vom Vorsitzenden darüber befragt wurde, wer zu den Leuten von der „z. b. V." gehört habe. Thieme antwortete, daß Klapproth, Fahlbusch und Büsching seines Wissens nach zur besonderen Bereitschaft verwendet worden seien. Vors.:

Sehen Sie mal an, Herr Schulz, Sie haben uns gestern hier erzählen wollen, daß diese Leute zu den Ordonnanzen gehörten, haben also diese Tatsache verschleiern und uns hinters Licht führen wollen.

R.-A. Dr. Sack: Herr Vorsitzender, das ist ein Irrtum von Ihnen. Schulz hat ausdrücklich erklärt, daß diese Leute zur besonderen Verwendung standen und hat Ihnen angegeben, daß der Ordonnanzdienst von Feuerlein, Lange und Thieme versehen wurde. Ich stelle fest, daß mein Mandant das Gericht nicht belogen hat, sondern daß der Irrtum auf seiten des Herrn Vorsitzenden liegt.

Der Zeuge Thieme schilderte dann die Art und Weise, wie die Leute in die Arbeitskommandos aufgenommen wurden. Vors.: Wie erklären Sie sich nun die Tötungen? Zeuge: Das kann nur ohne Kenntnis der Führer geschehen sein, vielleicht von Elementen, die das aus politischen Gründen taten. R.-A. Bloch: Ist auf Sie eingewirkt worden, daß Sie Ihrerseits auf Zeugen einwirken? Zeuge: Nein. **Ich habe nur mit den Zeugen bei einem Zusammensein davon gesprochen, daß wir auch weiter zusammenhalten müßten, dazu war ich wohl als Deutscher berechtigt.** R.-A. Bloch brachte dann noch die Sprache darauf, daß Schulz gegenüber den Führern der Arbeitskommandos so mißtrauisch gewesen sei, daß er sie habe bespitzeln lassen, so z. B. den Oberleutnant v. Senden durch einen Feldwebel Weiser. v. Senden bestätigte, daß Weiser ihm eine dahingehende Mitteilung gemacht habe.

Es kam dann noch zu längeren Auseinandersetzungen über die im Wehrkreiskommando bzw. bei Schulz tätigen Ordonnanzen und „z. b. V."-Leute. Schulz geriet dabei in immer steigende Erregung und erklärte, nervös mit einem Aktenstück auf die Barriere trommelnd: „Klapproth war überhaupt nur etwa vier Wochen bei mir und ging dann nach Spandau zu einer Abteilung von schweren Motorrädern mit besonderen Einrichtungen. Dann war noch Büsching da. Dagegen war Fahlbusch nie im Wehrkreiskommando, sondern lag in der Spandauer Zitadelle. Er stand nicht zu meiner besonderen Verfügung, sondern zu der des Abteilungsführers. Es ist gar keine Rede davon, daß ich die Offiziere bespitzeln ließ. Oberleutnant v. Senden ist auch nicht auf meinen Befehl, sondern vom Wehrkreiskommando abgelöst worden. (Erregt:) Jetzt nach vier Jahren wird hier alles Mögliche gegen mich konstruiert, und ich soll nun das Gegenteil beweisen. R.-A. Dr. Sack (zum Hauptmann Kainer): Ist es richtig, daß die „z. b. V."-Leute nicht persönlich für Schulz, sondern für die Aufgaben des Wehrkreiskommandos da waren? Hauptmann Kainer: Ich weiß über von einem besonderen Kommando nichts. Schulz: **Die Leute standen zur Verwendung der Dienststelle, deren ausführendes Organ ich war.**

Buchrucker sagt aus.

Es wurde dann Major v. Buchrucker vernommen, der sich ausführlich über die Organisation und den Aufbau der Arbeitskommandos verbreitete. Er umriß die Stellung von Schulz dahin, daß dieser die Leitung der Arbeitskommandos zu übernehmen hatte, da ihm eine große Erfahrung zur Seite stand. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob zwischen ihm und Schulz besprochen sei, was mit Verrätern geschehen sollte, verneinte der Zeuge und erklärte, daß bei Vergehen, die ernster Natur waren, die Gerichte in Anspruch genommen werden sollten. Major Buchrucker lehnte auch die Bemerkung ab, daß er die politische, Schulz die militärische Leitung der Organisation gehabt habe. Der Vorsitzende stellte dem Zeugen den Oberleutnant v. Senden gegenüber, da dieser erklärt hatte, Buchrucker habe in einer Führerversammlung offiziell mitgeteilt, daß die Arbeitskommandoleiter Schulz als ihren Vorgesetzten zu betrachten hätten. Major Buchrucker bestritt, eine Aeußerung in diesem Sinne getan zu haben, während Senden dabei blieb, Schulz habe verlangt, daß bei seinem Erscheinen in einem Arbeitskommando die Truppe gemeldet werden mußte.

Buchrucker erklärte weiter: Schulz tat alles im Auftrage des Wehrkreises. Weil bei ihm alle Fäden zusammenliefen, hielten ihn die Leute wohl auch für den Leiter vom Ganzen. Beispielsweise, **wenn er eine Batterie aufgestellt hatte, dann wandten sich die betreffenden Leute auch später an ihn, falls irgendetwas vorkam.** Schulz: Diese Feststellung ist sehr wichtig, weil der Herr Vorsitzende immer nur an Arbeitskommandos denkt. Vors. (ironisch): Diese Auffassung habe ich wohl bereits aufgegeben. Schulz: Es handelte sich nämlich um organisatorische Maßnahmen für die Landesverteidigung, um die Aufstellung von Grenzschutz und Provinzialformationen, die innerhalb von 24 Stunden an der Grenze stehen mußten. Die Arbeitskommandos bildeten nur das Mittel für diese Aufstellung. Buchrucker: Jawohl, die Arbeitskommandos bildeten den Rahmen, die Stämme. Staatsanwalt Lesser: Sie sprachen von großen und kleinen Verrätern. Was für ein Verräter war denn nun Gröschke, (der in Küstrin ermordert wurde). Buchrucker: Große Verräter hat es überhaupt nicht gegeben.

Wenn Gröschke beseitigt wurde, dann geschah das aus der Einstellung der Truppe, die im Interesse der Landesverteidigung einen Verrat befürchtete.

Die Mannschaften mußten sich ja angesichts dieser militärischen Organisation als Soldaten fühlen, sie fühlten sich sogar als Truppe vor dem Feinde, weil sie in einem Kampf um den Aufbau des Verteidigungssystems standen. Vielleicht hat auch bei manchen Leuten subjektiv eine hochverräterische Absicht bestanden, so in dem Sinne „Jetzt hauen wir den ganzen Sauladen zusammen", aber objektiv lagen hochverräterische Absichten bei diesen Abteilungen nicht vor.

Hierauf trat eine kurze Pause ein.

Der folgende Zeuge Polz, der als Feldwebel in Rathenow tätig war, bekundete, daß Wilms durch Fahlbusch nach Rathenow gebracht worden sei. Fahlbusch habe sich bei dieser Gelegenheit bei Herrn v. Poser als Strafversetzter gemeldet. Persönlich habe der Zeuge dann die nähere Bekanntschaft des Wilms gemacht und mit ihm ferner verkehrt. Am Abend vor dem Verschwinden des Feldwebels Wilms habe dieser ihm erzählt, daß ein kommunistisches Waffenlager ausgehoben werden sollte und daß er zur Expedition mitbestimmt worden sei. Dann, so schilderte Polz, seien am Abend Umhofer und Fahlbusch gekommen, die im Auto mit Wilms davonfuhren. Erst sehr spät in der Nacht sei dann der Kraftwagen zurückgekommen und Umhofer habe erzählt, man hätte in der „Neuen Welt" scharf gezecht und Wilms sei irgendwo betrunken liegen geblieben. Als dann aber der Feldwebel bis zum Morgen nicht zurückgekommen sei, habe der Zeuge dem Oberleutnant v. Poser Meldung gemacht. Der Vorsitzende zeigte dem Zeugen Polz dann die Photographie der Leiche. Der Zeuge glaubte den Anzug und das Hemd, nicht aber die Gesichtszüge des Toten wiedererkennen zu können. Auf Fragen des Angeklagten v. Poser sagte Polz aus, daß der damalige Oberleutnant v. Poser den Wilms nach seiner ersten Ankunft in Rathenow ermahnt habe, sich anständig zu betragen, damit nicht wieder Klagen über ihn zu führen seien, wie dies in Döberitz geschehen sei.

Erster Tag Einheitstarif.

Glatte Verkehrsabwicklung. – Die Flut fortgeworfener Hochbahnscheine.

Er ist da! Mit dem heutigen Tage ist der Einheitstarif bei den Berliner Verkehrsunternehmungen in Kraft getreten, von heute ab fahren wir mit rotgrünweißem Einheitsfahrschein auf den Autobussen, der Aboag, in den Zügen der Hoch- und Untergrundbahn, und in den Wagen der elektrischen Straßenbahn. Und man darf sagen, daß etwas Gesundes, etwas Demokratisches in dieser Neuerung liegt; ja, sie hat etwas an sich, was wegführt vom Bureaukratischen und was schon deshalb begrüßenswert ist. Die Erreichung von fernliegenden Zielen wird erleichtert, der Umsteigeverkehr wird beschleunigt, Verzögerungen fallen fort, und mit dem komplizierten System der Teilstrecken und der Klasseneinteilungen ist endgültig aufgeräumt. Und so haben wir gute Gründe, den Einheitsfahrschein zu bewillkommnen!

Bei der Hochbahn

haben sich dank der Maßnahmen der Direktion keine Schwierigkeiten ergeben und die Zunahme des Verkehrs hat sich bei diesem Verkehrsmittel in durchaus erträglichen Grenzen gehalten. Zur schnelleren Abwicklung waren außerdem bereits die Ausgänge bei den Bahnhöfen Bülowstraße und Nordring erweitert worden, und an der letzteren Stelle hatte man die Straßenbahnhaltestelle verlegt, damit nicht der Ansturm der Fahrgäste sich auf einen einzigen Punkt konzentriert. Bisher konnte auch beobachtet werden, daß das Publikum nicht, wie man zuerst glaubte, besonders stark die Wagen II. Klasse benutzte und sich hier Ueberfüllungen zeigten, sondern ein großer Teil der Fahrgäste fuhr in den bisher benutzten Abteilen. Ein Uebelstand hat sich allerdings bemerkbar gemacht: Die Fahrgäste, die bei der Hoch- und Untergrundbahn nach Beendigung der Fahrt die Fahrkarten jetzt nicht mehr abzugeben brauchen, werfen vielfach die Scheine einfach auf die Straße, sodaß beispielsweise in den Bahnhöfen Friedrichstadt usw. vor den Ausgängen große Papierhaufen herumlagen. Um dieser Unsitte zu steuern, beabsichtigt die Hochbahnverwaltung, an den Ausgängen Papierkörbe aufstellen zu lassen, in die die nicht mehr gebrauchten Fahrscheine geworfen werden sollen.

Auf der Untergrundbahn.

Vor allem fiel heute der Standesunterschied unter den Fahrgästen fort, der sich bisher durch gepolsterte Sitze gegenüber harten Holzbänken manchmal unliebsam bemerkbar machte. Die Hoch- und Untergrundbahn will jetzt als praktisches und rasches Verkehrsmittel jenen dienen, die ihrer zur raschen Beförderung von und zur Arbeitsstätte bedürfen. Wer sich zu vornehm dünkt, neben dem Arbeiter im Alltagskittel zu sitzen, der wird schon das Vehikel der „Begüterten", das Auto, benutzen müssen. Jedenfalls herrschte heute, zur Premiere der der Allgemeinheit übergebenen 2. Klasse auf vielen Strecken ein ziemlicher Andrang nach der gepolsterten Sitzgelegenheit. Der Trotz zur Arbeit glich heute fast einem vergnüglichen Ausflug in heiterer Laune und lustiger Gesellschaft. Man gebrauchte auch etwas die Ellenbogen, aber das Schubsen und Drängeln ist man schließlich gewohnt, und heute verdarb es nicht mal die Laune. Jede Medaille hat bekanntlich ihre Kehrseite und auch hier zeigen sich kleine Uebelstände, die natürlich leicht beseitigt werden können. So werfen die Fahrgäste die Fahrscheine, die ihnen bekanntlich jetzt am Ausgang nicht mehr abgenommen werden, einfach auf den Bahnsteig oder auf die Straße, und wenn man an die Masse der Fahrgäste denkt, so kann man sich ungefähr vorstellen, wie sehr das Straßenbild unter solcher „Dekoration" leidet.

Beim Straßenbahnbetrieb

hat sich, wie heute früh festgestellt werden konnte, bisher nichts wesentlich geändert, und bisher konnte keine nennenswerte Verschiebung des Verkehrs festgestellt werden. Das gleiche trifft für den Omnibusverkehr zu, wo die Umsteigeberechtigung von einer Linie zur andern im allgemeinen noch nicht allzuviel vom Publikum ausgenutzt wurde. Hier zeigten sich aber insofern Schwierigkeiten, als beim Publikum bisher immer noch nicht genügend bekannt zu sein scheint, daß nach den Bestimmungen des Polizeipräsidenten ein Uebergang von Straßenbahn oder Hochbahn zum Omnibus nicht erfolgen darf. Die Fahrgäste werden zwar in der gegenteiligen Meinung darin bestärkt, daß die Fahrscheine einen Passus enthalten, nach dem der Uebergang auch zum Omnibus zulässig sei. Das kommt aber nur daher, daß die Fahrscheine schon gedruckt waren, als die Stellungnahme des Polizeipräsidenten zu der Verkehrsvereinheitlichung noch nicht erfolgt war und man nicht angenommen hatte, daß die Aufsichtsbehörde die Einbeziehung des Omnibus in die Umsteigeberechtigung nicht genehmigen würde. Alle Verkehrsunternehmungen haben aber in ihren Wagen besondere Anschläge anbringen lassen, in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß ein Uebergang von der Hoch- oder Straßenbahn zum Omnibus nicht in Frage kommt und der Aufdruck auf den Fahrscheinen unzutreffend sei. Diese Bekanntmachungen scheinen aber von den Fahrgästen nicht genügend beachtet zu werden, denn heute früh und am heutigen Vormittag kam es im Omnibusbetrieb zu verschiedenen Schwierigkeiten mit einigen unbelehrbaren Passagieren. Die Schaffner hatten im übrigen schon etwa 14 Tage vorher bis zum Inkrafttreten der Tarifgemeinschaft Unterweisungsstunden über die neuen Vorschriften erhalten. Man konnte auch allgemein feststellen, daß die Schaffner selbst über die neuen Bedingungen durchaus im Bilde waren, während sich das Publikum trotz der zahlreichen Aufklärungen in der Oeffentlichkeit zum Teil noch recht unorientiert zeigte und nach Auskunft über die Umsteigemöglichkeiten verlangten.

Der Beobachtungsdienst.

Die drei Verkehrsgesellschaften hatten einen Beobachtungsdienst eingeführt, um die Folgen der Umgestaltung des Verkehrs studieren zu können. Wie wir von den Direktionen der Hochbahn-, Straßen- und Omnibusgesellschaft hören, ist in verkehrstechnischer Beziehung heute früh alles glatt gegangen, wenn sich natürlich der Verkehr erst allmählich in die neuen Bahnen wird einspielen können.

Kabelbrände.

Ein Vormittag der Verkehrsstörungen.

Durch Kurzschluß in einer automatischen Schaltanlage für die sogenannten Pufferbatterien entstand heute früh kurz vor ½10 Uhr im Umformerwerk Mariannenstraße Feuer, das auch auf den Bahnumformer für 500 Volt, von dem aus die Straßenbahnleitungen gespeist werden, übergriff. Unter starker Qualmentwicklung und Stichflammenbildung brannten die Schalteranlagen und der Umformer ab. Das Feuer, das nach kurzer Zeit gelöscht werden konnte, hatte eine Lahmlegung des gesamten Straßenbahnverkehrs in Neukölln, in der Hasenheide, in der Blücher- und Oranienstraße zur Folge. Die Straßenbahnzüge blieben mitten auf der Strecke etwa 50 Minuten lang liegen. Es gelang jedoch glücklicherweise, den Betrieb mit den intakt gebliebenen Umformern wieder aufzunehmen, so daß der Straßenbahnverkehr nach ziemlich einstündiger Unterbrechung in vollem Umfange wieder aufgenommen werden konnte.

Um dieselbe Zeit, in der im Süden Berlins der Straßenbahnverkehr lahmgelegt war, erloschen plötzlich im Stadtinnern sämtliche Verkehrsampeln, was zunächst im Augenblick zu empfindlichen Störungen in der Verkehrsregelung führte. Es wurden sofort Polizeibeamte an die Hauptverkehrspunkte beordert, die für eine geregelte Durchführung des Verkehrs sorgten. Die Ursache der Lichtstörung ist auf einen unterirdischen Kabelbrand an der Ecke Markgrafen- und Leipziger Straße zurückzuführen. Das Zuleitungskabel für die Verkehrsampel war völlig durchgeschmort, was eine sofortige Lichtunterbrechung zur Folge hatte. Der Schaden wird wahrscheinlich im Laufe des Nachmittags behoben werden können.

Schließlich gab es noch eine Betriebsstörung auf der Nordsüdbahn im Abschnitt Hermannplatz—Hasenheide. Die Sicherungen eines ausfahrenden Zuges brannten mit lautem Knall durch, und der Zug blieb auf der Strecke liegen. Der Schaden konnte nach 15 Minuten behoben und der Zugverkehr wieder aufgenommen werden.

Der junge Herr aus Leipzig.

Er wollte Berlins Kunstdenkmäler kennen lernen.

Daß die schöne Pleißestadt Leipzig nach dem hübschen Wort aus dem „Faust": „Mein Leipzig lob' ich mir. Es ist ein Klein-Paris und bildet seine Leute" auch heute noch ihre Leute bildet, beweist ein Vorgang, der sich auf dem Anhalter Bahnhof abspielte.

Ein Kriminalbeamter wurde im Wartesaal 2. Klasse auf einen jungen Reisenden aufmerksam, der bei einem Glase Bier ganz allein dasaß, eine Zigarre rauchte und eifrig in einem Buche las. Dieser Reisende fragte ihn nach dem Wege zum Begasbrunnen, natürlich, ohne zu wissen, daß er es mit einem Kriminalbeamten zu tun hatte. Auf die Gegenfrage des Beamten, woher er denn komme und wer er sei, erwiderte er harmlos, er sei ein zwölfjähriger Schüler M. aus Leipzig und nach Berlin gekommen, um sich hier die bedeutendsten Kunstwerke und die Monumentalbauten anzusehen. Ein kleines Examen ergab, daß der Junge mit allerlei Dingen in Berlin recht gut Bescheid wußte. Er kannte das Schloß und andere historische Gebäude, die Erbauer und die Zeit der Erbauung, die bekanntesten Denkmäler und ihre Schöpfer nicht minder. Alles hatte er in der Schule zu Leipzig im Bilde gesehen und vom Lehrer gehört. Schon lange zog es ihn nach der Reichshauptstadt, um auch die Wirklichkeit einmal betrachten zu können. Nur fehlte ihm bisher das Reisegeld. Jetzt endlich bot sich eine Gelegenheit. Für einen Sattlerverband holte er 100 M. ab. Die Eltern hatten auf der Messe so viel zu tun, daß sie Tag und Nacht kaum nach Hause kamen und sich um ihn gar nicht kümmern konnten; der Vater als Kellner, die Mutter als Garderobenfrau. Da fuhr er rasch einmal nach Berlin hinüber und gedachte wieder daheim zu sein, ohne daß die Eltern etwas gemerkt hätten. Vom Anhalter Bahnhof aus wollte er die Besichtigung beginnen. Zunächst aber hatte er sich einen Band „Tarzan" gekauft, dessen Umschlagbild seine Neugier am meisten reizte. Der Beamte brachte den Kunstbegeisterten nach dem Polizeipräsidium, verschaffte ihm ein Unterkommen im Waisenhaus und benachrichtigte die Eltern. Auf dem ganzen Fußwege gab er dem jungen Reisenden Gelegenheit, wenigstens etwas von Berlin anzusehen.

Insektenbörse.

Alljährlich finden sich Sammler und Liebhaber dieser kleinsten aller Lebewesen im Rahmen einer Ausstellung besonders schöner und seltener Exemplare, verbunden mit einer Kauf- und Tauschbörse, im Reichskasino, Neue Königstr. 26, zusammen. Mit vieler Liebe, Mühe und Sorgfalt huldigen all diese Menschen ihrer stillen, zarten Liebhaberei. Ein besonders schönes Exemplar, ein wohlgelungener Kreuzungsversuch, oder gar die Neuentdeckung einer Schmetterlingsart bedeuten ihnen reichsten Lohn für all die mühseligen, oft unter großen körperlichen Strapazen unternommenen Versuche und Expeditionen. Die Ausstellung zeigt wahre Prachtexemplare an südamerikanischen Faltern, Riesenfaltern aus Java mit einer Flügelspanne bis zu 30 Zentimetern, Falter aus Neu-Guinea, bei denen Männchen und Weibchen verschiedene Zeichnung aufweisen, die indische Wilhelma, ein braun-weißer Falter, der erst im Juli 1925 entdeckt wurde usw. Zu den teuersten und wertvollsten Schmetterlingsarten gehören die Apollo-Falter, die aus dem Hochland von Tibet stammen und dort unter den schwierigsten Umständen, von eigens dazu ausgerüsteten Expeditionen gefangen werden. Da im Augenblick das Gebiet für Weiße überhaupt gesperrt ist, können jetzt auch keine Tiere importiert werden. Der Preis eines solchen Schmetterlingspaares beträgt 50—180 Mark. Aber auch unsere heimische Fauna liefert schönes Material. Diese so gänzlich dem Alltag fernstehende Schwärmerei, halb Spielerei, halb Wissenschaft, die seltsamen Tiere in Reih und Glied hergerichtet und schließlich die Menschen, zusammengewürfelt aus allen möglichen Berufs- und Gesellschaftsschichten, aber eine Familie bildend in ihrer Freude an den farbenprächtigen Schmetterlingen, geben der Veranstaltung ein eigenes Gepräge. Als Aussteller zeichneten die Deutsche Entomologische Gesellschaft, der Berliner Entomologische Verein, der Entomologische Verein „Orion", sowie der Entomologische Verein Neukölln.

Genosse Karl Peters, einer von der alten Garde, ist im achtzigsten Lebensjahre am Sonnabend gestorben. Peters, Tischler von Beruf, widmete sich bereits unter dem Sozialistengesetz der sozialdemokratischen Bewegung. Nach dem Fall des Gesetzes führte er vielfach die Kämpfe seiner Berufsorganisation und betätigte sich politisch im 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Die unausgesetzten Verfolgungen, Maßregelungen und Entbehrungen, die er, der Vater einer siebenköpfigen Familie, zu erdulden hatte, ertrug er als eine selbstverständliche Pflicht, ohne jemals die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen. Ein Hasser der Phrase, vermochte die damals mit großen Worten geführte öffentliche Propaganda ihm keine Befriedigung zu bringen. Seit er nicht mehr in der Lage war, seinen ihm ans Herz gewachsenen Beruf auszuüben und an der Bewegung sich aktiv zu beteiligen, lebte er in Zurückgezogenheit, da er sich nunmehr überflüssig fühlte. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 17. März, um 3½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Das Befinden des kürzlich verunglückten Staatssekretärs a. D. Richard v. Kühlmann, der noch immer schwer in der Klinik Ziegelstraße darniederliegt, ist nach wie vor unverändert.

Das Motorkabinenschiff Baldur der Grünen Heimat nimmt mit dem Karfreitag, dem 15. April, seine Fahrten über die märkischen Gewässer wieder auf. Am Karfreitag findet eine Tagesfahrt nach Nedlitz und dem Krampnitzsee statt, in den Osterfeiertagen eine Fahrt nach Brandenburg a. d. H. Näheres durch die Grüne Heimat, Berlin C 2, Breite Straße 36.

Die Erdbebenschäden in Japan.

3274 Tote, 6734 Verwundete.

Tokio, 15. März. (WTB.) Aus einem Bericht des stellvertretenden Ministers des Innern, der das Erdbebengebiet besucht hat, ergibt sich, daß die Zahl der Opfer 3274 Tote und 6734 Verwundete beträgt. 84 Prozent der Gebäude sind ganz oder teilweise zerstört, darunter 1359 Fabriken. Der Schaden wird auf 10 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Von dem Erdbeben sind 26 Ortschaften betroffen worden.

Beiratstagung des Buchbinderverbandes.

Für die Arbeitslosen.

Die seit mehr als einem Jahre anhaltende schwere Krise in der Papierverarbeitungsindustrie hatte den Vorstand des Verbandes der Buchbinder veranlaßt, dem Beirat eine Vorlage zur Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung vorzulegen, die eine Erhöhung der Unterstützung in den fünf Beitragsklassen von 10 bis 50 Tagen vorsah. Wie stark die Arbeitslosigkeit besonders im letzten Jahre war, zeigt sich darin, daß im Jahresdurchschnitt 14,9 Proz. der Mitglieder arbeitslos waren. Insbesondere zeigte sich die große Notlage der Arbeitslosen in dem immer stärkeren Anwachsen der langfristig Arbeitslosen. War doch nach den letzten Feststellungen des Vorstandes am 1. Februar d. J. nicht weniger als ein Fünftel der Arbeitslosen mehr als ein Jahr arbeitslos.

Die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Arbeitslosenunterstützung war also zur Evidenz erwiesen. Der Beirat des Buchbinderverbandes beschloß nach zweitägiger Debatte mit 20 gegen 12 Stimmen entsprechend den Vorschlägen des Verbandes, jedoch mit der Aenderung, daß die neuen Bestimmungen nicht schon am 3. April in Kraft treten, sondern erst am 1. Mai. Die infolgedessen notwendige und vom Vorstand ebenfalls vorgeschlagene geringe Beitragserhöhung von 5 bis 10 Pf. wurde damit ebenfalls gutgeheißen.

Die weiter geforderte Einführung von Pflichtbeiträgen wurde jedoch abgelehnt, jedoch im wesentlichen aus dem Grunde, weil der Beirat dem im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstag in dieser prinzipiellen Frage nicht vorgreifen wollte.

Schließlich nahm der Beirat dann noch zum Erlaß eines Arbeitszeitnotgesetzes Stellung und stimmte hierbei einmütig folgender Entschließung zu:

„Die am 12. und 13. März zu Berlin tagende Beiratssitzung des Verbandes der Buchbinder und Papierwarenverarbeiter Deutschlands nimmt Stellung zum Erlaß eins Arbeitszeitnotgesetzes, sowie eines Gesetzes zur Erhöhung der Witwen- und Invalidenrenten.

Angesichts der immer mehr und mehr zutage tretenden Intensität der Arbeit und dem dadurch bedingten früheren Verbrauch der Arbeitskraft, angesichts der großen Erwerbslosigkeit, von der weite Kreise der Arbeiterschaft oft monatelang betroffen werden, fordert der Beirat von den gesetzgebenden Körperschaften die Durchführung eines Gesetzes, das restlos den Achtstundentag als Höchstleistung vorsieht, sowie die Durchführung eines Gesetzes, das erheblich die Bezüge der Witwen und Arbeitsinvaliden erhöht."

Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter.

Die Berliner Metallarbeiter hatten am Montag abend in den Sophiensälen ihre ordentliche Generalversammlung. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Kommunist Enderle, daß die nicht zugelassenen Mitglieder der bisherigen Bezirksleitung des 1. Bezirks an der Versammlung teilnehmen können. Die Ortsverwaltung hat diese Bezirksleitung abgesetzt und durch eine kommissarische ersetzt, weil sie schon jahrelang systematisch die Beschlüsse und Anordnungen der Ortsverwaltung sabotiert hat. Genosse Ziska begründete kurz die Amtsenthebung und lehnte die Zulassung dieser Mitglieder zur Versammlung ab.

Ein Dringlichkeitsantrag, der vom ADGB. Maßnahmen gegen den Faschistenaufmarsch am 8. Mai verlangt, wurde mit der Definition Ziskas angenommen, daß der Berliner Ortsausschuß des ADGB. von sich aus alle notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um irgendwelche Schädigungen von der Berliner organisierten Arbeiterschaft abzuwenden. Darauf erläuterte Genosse Tirpitz den gedruckt vorgelegten Kassenbericht für das 4. Quartal 1926. Darauf trat die Versammlung in die Beratung der zahlreichen Anträge ein. Die Anträge der „Opposition", die sich mit Abänderungen des Ortsstatuts in den Bestimmungen befaßten, die den Kommunisten nicht in den Kram passen, wurden nach mehr oder minder ausgiebiger Begründung und Diskussion mit großer Mehrheit abgelehnt. Wahre Purzelbäume schlug der Kommunist Saefkow bei der Begründung seines Antrages, der von der Versammlung verlangt, daß sie beim Hauptvorstand dahin wirkt, daß dieser den ADGB. auffordert, aus dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände auszutreten, da von 75 diesem Reichsausschuß angeschlossenen Jugendorganisationen nur vier Arbeiterorganisationen seien. Genosse Heßler, der das Jugendsekretariat des Berliner Ortsausschusses leitet, trat den von wenig Sachkenntnis getrübten Ausführungen entgegen und zeigte, welche Vorteile die Arbeiterjugendbewegung durch die Zugehörigkeit zum Reichsausschuß hat. Die unentwegten Klassenkämpfer waren jedoch nicht zu belehren und stimmten getreu ihrer Weisung aus der Münzstraße für den Antrag, der aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ueber einige andere kommunistische Anträge ging die Versammlung zur Tagesordnung über.

Zum Schluß wurde noch beantragt, daß die Ortsverwaltung in einem Telegramm an die ungarische Regierung gegen den Justizterror protestiert und auch den Hauptvorstand auffordert, das gleiche im Namen der gesamten deutschen Metallarbeiter zu tun. Der Antrag wurde in der abgeänderter Form angenommen, daß die Ortsverwaltung eine Entschließung ausarbeitet, die in der Berliner Arbeiterpresse veröffentlicht werden soll. Ebenso soll der Hauptvorstand eine gleiche Veröffentlichung in der Arbeiterpresse des Reichs und der Internationale Metallarbeiterbund in seinen internationalen Mitteilungen vornehmen.

Tagung der Bergarbeiter-Internationale.

In Berlin beginnen morgen vormittag die Verhandlungen des Ausschusses des Internationalen Bergarbeiterverbandes. Den Verhandlungen wird insbesondere auf englischer Seite großes Interesse entgegengebracht, wobei es sich hauptsächlich um die Person des Internationalen Sekretärs Frank Hodges handelt, der bekanntlich mit der von Cook befolgten Taktik beim letzten englischen Bergarbeiterstreik nicht übereinstimmte.

Der Schiedsspruch für die Buchdruckereihilfsarbeiter.

Von den Buchdruckereibesitzern abgelehnt.

Der von dem im Reichstarifvertrag für das gesamte Buchdruckgewerbe vorgesehenen Zentralschlichtungsamt kürzlich gefällte Schiedsspruch für die Buchdruckereihilfsarbeiter ist von den Arbeiterorganisationen angenommen, von den Unternehmern jedoch abgelehnt worden. Der Schiedsspruch sieht, wie wir schon mitteilten, u. a. eine Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne in der Spitze um 3,66 M. pro Woche ab 1. April vor, sowie eine Verbesserung der Ferienbestimmungen, und soll bis zum 1. März 1929 gelten. Die Unternehmer hatten einen Abbau der Tariflöhne um 30 Proz. gefordert. Die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmer haben nunmehr beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt.

Ein tariftwidriges Wachinstitut.

Der Herr Hauptmann a. D. Bissing, Mommsenstr. 57, ist Inhaber der Detektivzentrale, Gesellschaft für Be- und Ueberwachung, und des „Haus- und Grundschutz". Beide Gesellschaften beschäftigen eine Anzahl Wächter. Durch allgemeinverbindlich erklärtes Lohnabkommen ist der Monatslohn der Wachangestellten auf 145 Mark festgesetzt. Herrn Bissing kümmert das nicht, er zahlt nur 110 Mark monatlich, also 35 Mark weniger, als er zu zahlen hat. Trotzdem Herr Bissing auch Reichsbehörden als Abonnenten hat und für die Reichsbehörden der Grundsatz gilt oder doch in erster Linie gelten müßte, Aufträge nur an solche Firmen zu vergeben, bei denen die Lohnbedingungen tariflich geregelt sind, zumal dann, wenn diese Regelung für allgemeinverbindlich erklärt worden ist.

Durch die profitliche Lohndruckmethode der Gesellschaften des Herrn Bissing werden auch die tariftreuen Wachgesellschaften geschädigt, außer der schweren Schädigung der Wächter.

Herr Bissing handelt nicht etwa aus Unkenntnis, sondern in voller Absicht. Er sucht sich für seine Handlungsweise Rückendeckung gegen Lohnklagen zu verschaffen, indem er seinen ausscheidenden Angestellten folgenden Revers zur Unterschrift vorlegt:

„Hiedurch erkläre ich, daß ich keine weiteren Forderungen bis zum .... habe, auch ausdrücklich auf irgendeine Differenzforderung betr. einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag und den tatsächlich gezahlten Lohn verzichte."

Wie derartige Reverse gegen die Zahlung allgemein verbindlicher Löhne von den Gerichten bewertet werden, wird sich bald entscheiden.

Das Innenministerium dürfte bei der Herausgabe der Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Konzessionsgesetz nicht versäumen, solchen üblen Manipulationen einen Riegel vorzuschieben.

Die Löhne der Wachangestellten sind heute bei weitem nicht mehr ausreichend, um so bedauerlicher ist es, wenn die schlechte wirtschaftliche Lage benutzt wird, selbst diese elenden Lohnsätze noch derart zu drücken.

Es ist notwendig, daß die Oeffentlichkeit über das Gebaren solcher Gesellschaften unterrichtet wird. Das soll geschehen. Die Wachangestellten selber aber müssen aus solchen Vorkommnissen die Lehre ziehen, sich zusammenzuschließen in ihrer zuständigen Organisation, dem Deutschen Verkehrsbund.

„Deutscher Arbeitnehmerverband."

Eine sogenannte „Zentralgewerkschaft" aller handarbeitenden Berufe im „Nationalen Gewerkschaftsbund" wendet sich mit der Bitte um Unterstützung mit einem hektographierten Rundschreiben an die nationale Presse. Das Schreiben ist nicht ohne interessante Aufschlüsse. Es heißt z. B. darin: „Die Erziehung des Arbeiters zum bewußten Nationalismus kann am besten in einer nationalen Gewerkschaft vorgenommen (!) werden, da hier die Gelegenheiten gegeben sind, den praktischen Nationalismus auf wirtschaftlichem Gebiet zu tätigen und zu beweisen." Wir haben uns erst nicht vorstellen können, wie man „den praktischen Nationalismus auf wirtschaftlichem Gebiet tätigen" kann. Bis uns ein Licht aufging. Nationale Arbeiter dürfen vielleicht z. B. Waffen nur herstellen, die für die Reichswehr oder garantiert sichere Bundesgenossen bestimmt sind. — Dann wird die nationale Presse unterrichtet, daß die Werksgemeinschaften der wirtschaftsfriedlichen Richtung nicht als nationale Gewerkschaften anzusehen sind. Interessant ist die im Rundschreiben ausgesprochene Erkenntnis, daß jede mit Hilfe von Arbeitgebern errichtete Gewerkschaft von der Arbeiterschaft sofort als „gelbe" bezeichnet würde „und damit ist ihr Schicksal besiegelt". Weiter heißt es: „Jedenfalls wäre es diesen (nämlich den „gelben") Organisationen nicht möglich, die sich heute noch im internationalen Lager befindlichen Arbeiter zu sich herüberzuziehen." Das also ist die Aufgabe des Deutschen Arbeitnehmerverbandes!

Da der Verband nicht „die nötigen Agitationskosten für die Weiterverbreitung" aufbringen kann, wendet er „Ich vertrauensvoll an die nationale Presse, um sie zur Propaganda für sich aufzufordern. Als Gegenleistung wird in Aussicht gestellt, daß die zu gründenden Ortsgruppen später beauftragt werden, alle Inserate und sonstigen Drucksachen den Zeitungen zuzuweisen, die den Verband in dem „schweren Kampfe für die nationale Bewegung unterstützt haben".

Der Italienische Gewerkschaftsbund nicht aufgelöst.

Der Kampf gegen den Faschismus geht weiter

Die Pressenachrichten des IGB. melden. Das Organ der Roten Gewerkschaftsinternationale arbeitet dem Faschismus in die Hände, indem es die Meldung verbreitet, daß sich der Italienische Gewerkschaftsbund selber aufgelöst habe. Diese Nachricht ist dahin zu berichtigen, daß wohl die in Italien verbliebenen Unterzeichner des bekannten Manifestes eine solche Maßnahme in Erwägung zogen, die Exekutive in Paris jedoch nie daran gedacht hat, einen solchen Beschluß zu fassen. Wenn die italienischen Kameraden beschlossen haben, ihr Aktionszentrum nach dem Auslande zu verlegen, so taten sie dies lediglich, weil ihnen kein anderer als dieser in der Geschichte gar nicht einzig dastehende und den Russen nicht unbekannte Ausweg offen blieb, um überhaupt weiter bestehen zu können.

Daß damit lediglich ein neues und hoffentlich nicht langes Kapitel der Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung begonnen hat, wurde kürzlich in dem vom Sekretär Buozzi und den anderen Mitgliedern der Exekutive des Italienischen Gewerkschaftsbundes an die italienischen Arbeiter gerichteten Manifest deutlich zum Ausdruck gebracht. Dieses Manifest befaßt sich übrigens nicht nur mit der Wirksamkeit im Auslande, sondern auch in Italien selbst. Wie E. Caporali in einem kürzlich im „Peuple" erschienenen Kommentar ganz richtig sagt, „könnte eine Wirksamkeit im Auslande, wie sie vom Italienischen Gewerkschaftsbund geplant ist, im Kampfe gegen den Faschismus keine positiven Resultate zeitigen, wenn dabei nicht auch an die in der faschistischen Hölle zurückgebliebenen Arbeiter gedacht würde". Selbstverständlich soll trotz aller Gesetze und Polizeimaßnahmen alles getan werden, um auch den aktiven Kontakt mit den Arbeitern in Italien selber aufrecht zu erhalten.

Aus der Partei.

Sozialistischer Literaturführer.

Der Mangel geeigneter Literaturführer, in denen die einzelnen Wissensgebiete unter einheitlichem Gesichtspunkt behandelt werden, hat die Redaktion der „Bücherwarte" veranlaßt, die Leitaufsätze des Jahrgangs 1926, mit entsprechenden Ergänzungen, als Sammelbuch herauszubringen. Der schmucke Band (88 Seiten, Preis 1 Mk.) enthält nach einem allgemeinen Einführungsartikel von Adolf Braun über „Wissenschaft und Arbeiterbewegung" folgende Beiträge: „Heinrich Cunow: „Wirtschaftsgeschichte"; Paul Kampffmeyer: „Deutsche Kultur- und Sozialgeschichte"; Alexander Stein: „Die Ideengeschichte des Sozialismus"; Otto Jenssen: „Geschichte der Revolutionen"; Max Quarck: „Die deutsche Arbeiterbewegung"; Richard Seidel: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung"; Simon Katzenstein: „Die deutsche Genossenschaftsbewegung"; Alfred Kleinberg: „Entwicklungslinien der neueren deutschen Literatur"; Anna Siemsen: „Soziale Dichtung"; Karl Schröder: „Der Roman als Gesellschaftsspiegel"; Georg Engelbert Graf: „Verkehrs- und Wirtschaftsgeographie".

In sämtlichen Artikeln wird der Versuch gemacht, nicht nur die wichtigsten Erscheinungen der älteren und neueren Literatur zu kennzeichnen, sondern auch die in Frage kommenden Wissensgebiete und die wichtigsten Gegenwartsprobleme zu umreißen. Das Sammelbuch dürfte deshalb jedem willkommen sein, der in der Volksbildungsarbeit, sei es als Kursusleiter, Vortragender, Bibliothekar oder Buchhändler, tätig ist. Es kann aber auch jedem empfohlen werden, der an seiner Selbstbildung arbeitet und sich in bestimmte Wissensgebiete vertiefen will. Nicht minder können auch Studierende wichtige Informationen und Quellenangaben aus diesen Artikeln schöpfen. Der Preis des Buches ist so niedrig gehalten, daß seine Anschaffung kaum Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Sozialdemokratische Wahlerfolge auf Island. Bei den Ende Februar stattgefundenen Stadtratswahlen auf Island hat die isländische Sozialdemokratie einen großen Sieg davongetragen. In allen Stadträten bis auf zwei verfügt sie nun über die absolute Majorität. In Siglufjord sind alle drei Mandate, in Seydisfjord und in Isafjord zwei Mandate von dreien in ihren Händen. Von den zwei Städten, in denen es noch nicht gelang, die Majorität zu erringen, ist die eine Akureyri, wo die Sozialdemokratie zwei von vier Mandaten inne hat und gemeinsam mit der Fortschrittspartei die Mehrheit bildet. Auf den Westmanninseln hat die Arbeiterpartei eins von drei Mandaten errungen.

Parteitag der lettländischen Sozialdemokratie. Am 2. und 3. April wird in Riga der 12. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands stattfinden. Die Tagesordnung sieht unter anderem Berichte der Vertreter der lettländischen Sozialdemokratie in der Regierung vor, an der sie bekanntlich als stärkste Koalitionspartei teilnimmt. So wird der Außenminister, der Finanzminister, der Minister für Unterricht und der Arbeitsminister dem sozialdemokratischen Parteitag Bericht erstatten.

Pariser Gruppe der Labour Party. Seit Dezember 1926 besteht unter den britischen Staatsangehörigen, die sich in Paris aufhalten, eine Gruppe der britischen Arbeiterpartei, die als Zentrum für Studium und Diskussion für die britischen Staatsangehörigen in Paris dienen soll, die sich für die Arbeiterbewegung interessieren. Der Plan, eine solche Gruppe zu gründen, erfüllt einen langgehegten Wunsch und wurde sehr warm aufgenommen. Die neue Gruppe erfreut sich bereits eines bemerkenswerten Erfolges. Das Monatsorgan der neuen Gruppe, das „Grüne Blatt" (Green Leaf), von dem bis jetzt drei Nummern erschienen sind, ist eine ausgezeichnete, anregende Zeitschrift von 50 Seiten Text, mit einigen Illustrationen. Was besonders bemerkenswert ist, die wichtigsten Artikel sind in englischer und französischer Sprache wiedergegeben. Es ist den Herausgebern der Zeitschrift gelungen, für den Beginn ihres Werkes, für die erste Nummer, zu der Ramsay Macdonald, der Ehrenpräsident der Pariser Gruppe, eine zustimmende, ermutigende Erklärung sandte, eine eindrucksvolle Reihe von Mitarbeitern zu gewinnen. Darunter befinden sich eine Anzahl von Personen, die in der britischen und in der französischen Arbeiterbewegung in führender Stelle tätig sind. So erschienen Artikel von Bracke: „Sozialismus und Demokratie in Frankreich", Sidney Webb: „Der Geist der Fabiergesellschaft", eine Darlegung über die französische Gewerkschaftsbewegung von Jouhaux, ein Artikel von Renaudel über „Die Situation in Frankreich nach den Senatswahlen", eine Besprechung der britischen Gewerkschafts- und politischen Bewegung von C. T. Cramp, „Die sozialistische Presse in Frankreich" von Louis Lévy und Beiträge über die Frauenbewegung in Frankreich und England von Louise Saumoneau und Dr. Marion Phillipps. Die Zeitschrift enthält ferner nichtpolitische und rein literarische Beiträge.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlern; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 15. bis 17. März
Faschingszauber
mit Harry Liedtke

Ballschmieder-Lichtspiele, Badstr. 16
Ab Dienstag, den 15. März 1927
Matrosenregiment Nr. 17
Das gute Beiprogramm.
Die erstklassige Bühnenschau.

Humboldt-Theater, Badstraße 19
Des Riesenerfolges wegen bis Donnerstag verlängert:
Hotel Stadt Lemberg
Das erstklassige Beiprogramm.
Die gute Bühnenschau.

Spezial-Heilmittel, nur für Ischias in Bitt., Gemäß und Salz, wenn ärztl. bestätigt, in 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Unentgeltliche Aufklärungsschrift und Referenzen. Ärztl. empfohlen. Gerichtstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Sonntag

Möbel billiger!
Große Auswahl, sofort lieferbar bei kleinster Anzahlung und kleinsten Monatsraten
Prugel & Co.
Wilmersdorfer Str. 37
Untergrundbahnhf. Bismarckstraße

Riesenbrille
50 u. 60 Pf. Viele Scherz-Neuheiten! Mützen Dutzend von 20 Pf. an. Alle Fest- und Vereins-Artikel sehr billig.
Markgrafenstraße 4 an der Lindenstraße

Bitte, unsere Schaufenster zu beachten.
Belmonte
& Co. Berlin
Kaufen Sie Schmuck und Edelgeräte, die bleibenden Wert behalten!
Reizende Einsegnungs-Geschenke
Juwelen, Uhren, Gold- u. Silber-Waren
in bekannter Preiswürdigkeit.
Leipziger Straße 97 an der Charlottenstraße u. Königstraße 30 a. d. Neuen Friedrichstr.

Für starke Beanspruchung
Für schlechtes Wetter
Für Sport und Wanderungen
nur
Bähr-Stiefel
die Sie jahrelang tragen können
Haferlschuhe
Reformschuhe Bähr's Lederöl
H. Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7
Mitglieder der SPD. und Reichsbanner 10% Rabatt

Ausschneiden, genau auf Namen achten!
Nervöse
nehmen zur Beruhigung der Nerven folgendes
Rezept:
1 Flasche Baldrament
3 mal täglich 1/4 Teelöffel s. u.
Diese natürliche Medizin bei reizbarer Schwäche, Herzbeschwerden, unruhigem Schlaf etc. Wohlgemerkt, aber nur das echte „Baldrament" M. 1.40 u. 2.50 in Drogh. u. Apoth. erhältl., sonst bei Otto Reichel, Berlin SO 16, Elisabethstr. 4

Ia. Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6,30 frko.
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

J. Baer, Berlin N20
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee
Neuheiten für die Frühjahrssaison
in
Herren- und Knabenmoden
Fertig und nach Maß
Einsegnungs-Anzüge
von Mk. 18,— an
Sport- und Berufskleidung
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware
Beachten Sie bitte meine 8 Schaufenster

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem billig!